



Nr. 33

22. August 2013

Inhalt

dbb Chef auf Landesgewerkschaftstag in Hessen:
Wettbewerbsföderalismus schadet der Arbeit des öffentlichen Dienstes+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Ute Wiegand-Fleischhacker neue Vorsitzende des dbb Hessen+++
NRW: Widersprüche laufen an+++
dbb berlin schreibt Offenen Brief an Abgeordnete:
Besoldungsperspektive angemahnt+++
DSTG-Vorschlag zu Selbstanzeigen: Betrag begrenzen+++
VBB: Bundeswehrreform ist Motivationskiller+++
GDL will Interessenvertretung für das gesamte Zugpersonal werden+++
DPoIG weist Pauschalkritik an Sicherheitsbehörden im
NSU-Untersuchungsbericht zurück+++
DPhV: Bildungspolitiker lügen sich in die Tasche+++

Namen und Nachrichten+++

aktuell

dbb Chef auf Landesgewerkschaftstag in Hessen: Wettbewerbsföderalismus schadet der Arbeit des öffentlichen Dienstes

(dbb) Wettbewerbsföderalismus schadet den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst. Das hat der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, Klaus Dauderstädt, festgestellt und die Forderung des gewerkschaftlichen Dachverbandes bekräftigt, die Verlagerung der Zuständigkeiten durch die Föderalismusreform von 2006 wieder rückgängig zu machen. Dies bleibe langfristig Ziel des dbb, sagte Dauderstädt am 21. August 2013 auf dem Landesgewerkschaftstag des dbb Hessen in Fulda.

Der dbb Chef verwies auf die aktuellen Konsequenzen: „Gerade im Zuge der diesjährigen Einkommensrunde ist eine große Bandbreite von Abweichungen vom Tarifergebnis mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zu verzeichnen. Die Spreizung im Gehalt zwischen dem Bund und etwa dem Land Berlin beträgt bei einigen Besoldungsgruppen inzwischen über 20 Prozent.“ Förderale Kräfte seien nicht nur im Beamtenrecht, sondern auch am Tarifisch spürbar. Der dbb Chef appellierte an Hessen, das als einziges Bundesland nicht Mitglied der TdL ist, „in den Schoß der Tarifgemeinschaft deutscher Länder zurückzukehren und damit zugleich die Chancen zu erhöhen, dass alle Arbeitgeber der öffentlichen Hand wieder zusammen verhandeln – das wäre ein Fortschritt!“

Plänen zur Reform der Altersversorgungssysteme, wie sie Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann ins Gespräch gebracht hatte, erteilte Dauderstädt erneut eine klare Absage. Die Politik habe sich Jahre gescheut, die Zusammenhänge und Größenordnungen in diesem Bereich wahrzunehmen und zu akzeptieren. „Wir erwarten, dass eine

Altersversorgung nicht von dem einst so hehren Ziel einer Sicherung des Lebensstandards völlig weggleitet. Deshalb stehen wir auch für eine nachhaltige Niveausicherung in der Rentenversicherung ein“, machte der Bundesvorsitzende klar.

Der dbb Chef beglückwünschte Ute Wiegand-Fleischhacker, die mit 161 der 172 Delegiertenstimmen in das Amt der Landesvorsitzenden des dbb Hessen gewählt worden war. Die auch in der dbb bundesfrauenvertretung, in Grundsatzkommissionen des gewerkschaftlichen Dachverbandes und auf europäischer Ebene aktive Gewerkschafterin tritt die Nachfolge von Walter Spieß an. Er war seit 1989 hessischer Landesvorsitzender. Dauderstädt würdigte Spieß, der aus Altersgründen nicht noch einmal angetreten war, auch wegen seines Engagements in Bundesvorstand und Bundeshauptvorstand des dbb sowie als Vorsitzender der Grundsatzkommissionen für Personalvertretung und Mitbestimmung und zuletzt für Seniorenpolitik. Spieß habe „loyal, kompetent, praxisnah und zielführend“ gearbeitet. (01/33/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Ute Wiegand-Fleischhacker neue Vorsitzende des dbb Hessen

(dbb) Ute Wiegand-Fleischhacker (52) ist am 21. August 2013 mit überwältigender Mehrheit von den Delegierten des Landesgewerkschaftstages in Fulda zur neuen Vorsitzenden des dbb Hessen gewählt worden. Sie tritt die Nachfolge von Walter Spieß an, der aus Altersgründen nicht mehr kandidiert hatte.

Ute Wiegand-Fleischhacker trat 1977 mit Beginn der Ausbildung zum mittleren Dienst in die hessische Steuerverwaltung ein. Mittlerweile gehört sie als Steueramtfrau dem gehobenen Dienst an. Gewerkschaftlich betätigt sie

sich seit Beginn ihrer beruflichen Tätigkeit in der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG). 1997 übernahm sie den Vorsitz der dbb Frauenvertretung Hessen. 2002 wurde sie in die Geschäftsführung der dbb bundesfrauenvertre-

tung gewählt. Im Dachverband dbb ist sie auch stellvertretende Vorsitzende der Grundsatzkommission Personalvertretungsrecht und Mitglied der Grundsatzkommission Europa. Auf dem Landesgewerkschaftstag 2009 wurde sie zur stellvertretenden Landesvorsitzenden des dbb Hessen gewählt. Ute Wiegand-Fleischhacker ist verheiratet und hat drei Kinder.

Zum Landesgewerkschaftstag am 21. und 22. August waren über 170 Delegierte aus fast 40 Fachverbänden und Gewerkschaften nach Fulda gekommen. Sie befassten sich unter anderem mit mehr als 60 Anträgen zu Themen aus den Bereichen Besoldung und Versorgung sowie des Dienstrechts insgesamt, teilte der dbb Hessen mit.
(02/33/13)

NRW: Widersprüche laufen an

(dbb) Nachdem Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen trotz heftiger Proteste das Beamtenbesoldungsgesetz im Juli 2013 durchgesetzt hat, bereitet der DBB NRW Klagen dagegen vor. Erster Schritt: In diesen Tagen bekommen Gewerkschaftsmitglieder einen Musterbrief, mit dem sie beim Land mehr Geld einfordern sollen.

„Wir haben über unsere Mitgliedsgewerkschaften jetzt einen Musterbrief an über 100.000 Beamte verschickt“, sagte der Landesvorsitzende des DBB NRW, Meinolf Guntermann, am 21. August 2013 auf WDR.de-Anfrage. Beim Landesversorgungsamt sollen die Beamten bis spätestens 31. Dezember 2013 eine „angemessene“ Erhöhung ihrer Bezüge verlangen, die über die im Gesetz festgelegte Anpassung hinausgehe. Lehnt das Amt wie erwartet ab, folgt der Klageweg. Geplant seien landesweit 14 Musterklagen - jeweils zwei vor allen sieben

Verwaltungsgerichten in NRW. „Das Einreichen der Klagen folgt voraussichtlich im Oktober“, sagte Guntermann.

Rot-Grün hatte im Juli im Landtag ein Gesetz verabschiedet, wonach nur rund 50.000 der etwa 230.000 Landesbeamten die volle Gehaltserhöhung von 2,65 Prozent rückwirkend für 2013 sowie 2,95 Prozent ab 2014 bekommen.
(03/33/13)

dbb berlin schreibt Offenen Brief an Abgeordnete: Besoldungsperspektive angemahnt

(dbb) Der dbb berlin hat einen Offenen Brief an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin geschrieben und darin eine Besoldungsperspektive für die Berliner Beamtinnen und Beamten bis 2017 angemahnt.

„Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin und seine Fachgewerkschaften des Landesdienstes Berlin sind über den Vorschlag des Senats - die Beamtinnen und Beamten jeweils zum August des Jahres 2014 und 2015 mit einer Erhöhung der Besoldung um 2,5 Prozent abzuspeisen – wütend“, heißt es in dem Schreiben vom 20. August 2013.

„Die Beamtinnen und Beamten haben dem Land Berlin gegenüber nicht nur ein Sparopfer von mehreren Milliarden Euro seit 2004 erbracht, nein sie hinken ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern auch weiter in zweistelligem Prozentbereich hinterher. Dies hat mit Wertschätzung der Arbeit, die diese Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei,

Feuerwehr, Justiz, Lehrern, in der allgemeinen Verwaltung und Finanzämtern tagtäglich für das Land Berlin - unter immer schlechter werdenden Rahmenbedingungen - rein gar nichts mehr zu tun. Insbesondere ist keine Besoldungsperspektive bis 2017 erkennbar, so wie sie für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen des Tarifvertrages für diese Beschäftigungsgruppe vertraglich vereinbart wurde“, schreibt der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker. „Daher appellieren wir an Sie als Volksvertreterinnen und -vertreter, dass Sie die Beamtinnen und Beamten nicht vergessen und diese bald keine Sondersparschweine Berlins mehr sind und auf eine angemessene Angleichung ihrer Gehälter weiter warten müssen. Daher gehen wir davon

aus, dass Sie unsere Forderungen nach einer verlässlichen Besoldungsperspektive bis zum

Jahre 2017 tatkräftig unterstützen.“
(04/33/13)

DSTG-Vorschlag zu Selbstanzeigen: Betrag begrenzen

(dbb) Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) unterstützt Bemühungen, die strafbefreiende Selbstanzeige von Steuersündern noch einmal auf den Prüfstand zu stellen. Dazu hatte am 21. August 2013 erstmals eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe in Berlin getagt.

So tritt der baden-württembergische Finanzminister Nils Schmid dafür ein, dass die Selbstanzeige künftig nur noch bis zu einer noch zu bestimmenden Höhe der hinterzogenen Steuern gültig ist. Schmid sagte den „Stuttgarter Nachrichten“ (Ausgabe vom 22. August 2013): „Wir befürworten eine Betragsgrenze für Selbstanzeigen, damit sich Millionen-Hinterzieher nicht einfach freikaufen können.“

Unterstützung in dieser Frage kommt vom DSTG-Bundesvorsitzenden und dbb Vize Thomas Eigenthaler. Er sagte dem Blatt: „Ich bin für eine Bremse. Ab einem hinterzogenen Betrag von 50.000 Euro sollte der Hebel umgelegt werden. Ab dieser Summe darf es keine

strafbefreiende Wirkung mehr geben.“ Bislang muss der Steuerhinterzieher ab 50.000 Euro lediglich einen Strafzuschlag auf die Steuerschuld zahlen, um in den Genuss der Straffreiheit zu kommen.

Eigenthaler will zudem Steuerhinterziehern stärker auf die Füße treten, indem sie mit der Selbstanzeige nicht mehr beliebig lange warten können, schreibt die Zeitung. „Zwei Jahre sollten ausreichend Zeit sein, damit Steuersünder ihr Gewissen erforschen können.“ Nach der Zwei-Jahres-Frist, so die Forderung Eigenhalters, komme eine Selbstanzeige dann zu spät.
(05/33/13)

VBB: Bundeswehrreform ist Motivationskiller

(dbb) Die Stimmung beim Zivilpersonal der Bundeswehr ist katastrophal. Das spiegelt eine forsa-Umfrage wider, die der Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB) am 16. August 2013 im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin vorgestellt hat. Fast die Hälfte der Zivilbeschäftigten ist demnach mit der Bundeswehr als Arbeitgeber unzufrieden.

Hart gehen die Beschäftigten mit der Bundeswehrreform ins Gericht, die sie als „nicht praxisorientiert“ und „chaotisch“ bewerten. „Die Reform ist eine der gravierendsten seit der Aufstellung der Bundeswehrverwaltung. Sie will zu viel und das zu schnell, und sie geht an den Menschen vorbei“, sagte der VBB-Bundesvorsitzende Wolfram Kamm. Ziel sei die Reduzierung der Mitarbeiter von heute 70.000 auf 55.000 bis zum Jahr 2016. Das seien „Verhältnisse wie am Mainzer Hauptbahnhof. Die Vorfestlegung von Umfangszahlen für die zivilen Beschäftigten ohne vorherige Aufgabenkritik und die aus Sicht des Verbandes verfassungswidrige Abgabe der Personalabrechnung an andere Bundesressorts tragen auch dazu bei, dass nur noch ein Drittel der zivilen Beschäftigten die Bundeswehr als Arbeitgeber empfehlen würde“, so Kamm weiter. Daraus

folge eine zwangsläufig sinkende Arbeitsmotivation.

forsa-Chef Manfred Güllner untermauerte diese Einschätzung mit konkreten Zahlen aus der Umfrage. „49 Prozent der Zivilbeschäftigten in der Bundeswehr geben an, dass sie sich durch die Reform ihre Arbeitsmotivation verschlechtert habe, 40 Prozent sagen sogar, sie gingen nicht mehr gern zur Arbeit. Das sind viermal so viele wie bei allen Arbeitnehmern in Deutschland“, so Güllner.

Insgesamt bezeichnete Kamm die Belastungen für die Beschäftigten durch die Reform als „dramatisch“ und illustrierte dies anhand des Chaos¹ um die Beihilfe für Bundeswehrbeamte: „Mit 2.400 Mitarbeitern ist dieses Ressort unterbesetzt. Die Folge sind 60.000 unbearbeitete Anträge auf Beihilfe.“ Betroffen davon seien

vor allem einkommensschwache Gruppen:
„Das ist eine unerträgliche Situation. Inzwischen warten Kolleginnen und Kollegen mehrere Monate auf ihr Geld. Wir haben Fälle, dass Kolleginnen und Kollegen Kredite aufnehmen müssen, dass Mahnverfahren laufen, weil sie die Kosten nicht alleine tragen können.“

Die Studie „Die Lage der Zivilbediensteten der Bundeswehr im Vorfeld der Strukturreform“ kann über die Internetseite www.vbb.de kostenlos heruntergeladen werden.
(06/33/13)

GDL will Interessenvertretung für das gesamte Zugpersonal werden

(dbb) Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) will „die Interessenvertretung für das gesamte Zugpersonal werden“. Das kündigte der Vorsitzende der Gewerkschaft und dbb Vize Claus Weselsky im Gespräch mit der „WirtschaftsWoche“ (Ausgabe vom 17. August 2013) an.

Zum Zugpersonal zählen neben den Lokführern auch die Zugbegleiter und Servicekräfte in den Bordrestaurants. „Wir werden die Tarifverhandlungen dann für sämtliche Berufsgruppen des Zugpersonals führen“, sagte Weselsky laut „WiWo“. Inzwischen seien bereits 30 Prozent der Zugbegleiter bei der GDL organisiert.

Keine Ambitionen habe die GDL bei Mitarbeitern der Bahn-Netzsparte. „Berufsgruppen aus dem Konzernbereich Schienennetz können und wollen wir nicht vertreten“, so Weselsky. „Dafür fehlt uns einfach das Know-how.“
(07/33/13)

DPoIG weist Pauschalkritik an Sicherheitsbehörden im NSU-Untersuchungsbericht zurück

(dbb) Die pauschale Kritik an deutschen Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit der NSU-Mordserie ist nach Auffassung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) überzogen und ungerecht. Auch die Kontrollgremien der Parlamente in Bund und Ländern hätten sich in den vergangenen Jahren nicht mit Ruhm bekleckert, so der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt am 22. August 2013. Deshalb sei „auf allen Seiten erheblich mehr Demut und Zurückhaltung angebracht“.

„Es ist schon ein merkwürdiges Stück Parlamentsgeschichte, wenn sich Abgeordnete zu einem Tribunal über die Sicherheitsbehörden zusammenfinden und sich über Zustände in denjenigen Behörden empören, die sie zuvor als Mitglieder der Kontrollgremien des Parlaments kontrollieren sollten. Unzweifelhaft hat es im Zuge der Aufklärung der NSU-Mordserie Fehler und Versäumnisse in einzelnen Behörden und bei einzelnen Beschäftigten gegeben“, so Wendt.

„Bei den Beschäftigten der Sicherheitsbehörden sind vielfach Trauer, Scham und Mitgefühl darüber anzutreffen, dass die Mörder nicht schnell genug erkannt und gestoppt werden konnten. Umfangreiche Maßnahmen zur Ver-

besserung von Kommunikation, Zusammenarbeit und Stärkung der Analysekompetenz sind auf dem Weg und teilweise verwirklicht.“ Es sei richtig, dass der Bundesinnenminister sofort reagiert und zentrale Informationssteuerung endlich angepackt habe. Dies habe die DPoIG viele Jahre lang gefordert und sei in der Politik immer wieder mit dem Hinweis auf das Trennungsgebot abgeblitzt. „Aber zur Wahrheit gehört auch, dass die Parlamentarier in den Kontrollgremien sich nicht mit Ruhm bekleckert haben“, so Wendt. „Umso wichtiger ist es, dass nicht nur die Sicherheitsbehörden die notwendigen Konsequenzen ziehen, sondern nun endlich Reformen der parlamentarischen Kontrolle angepackt werden.“
(08/33/13)

DPHV: Bildungspolitiker lügen sich in die Tasche

(dbb) Der Deutsche Philologenverband (DPHV) erwartet, dass für die Einhaltung des Ganztagsschulversprechens fast ein Drittel mehr Lehrer eingestellt werden müssen. „Um eine Ganztagschule aufzubauen, hat man einen Personalmehrbedarf von rund 30 Prozent. Wenn man von einer Gesamtzahl an Lehrern in Deutschland an Regelschulen ohne Berufsschulen von 500.000 ausgeht, müssten wohl 150.000 Lehrer zusätzlich eingestellt werden“, sagte der DPHV-Vorsitzende Heinz-Peter Meidinger der „Welt“ (Ausgabe vom 18. August 2013).

Die deutschen Bildungspolitiker lügen sich in die eigene Tasche, wenn sie aktuell von einem Wert von rund 30 Prozent Ganztagschulen ausgehen. „Was die Länder den Statistikbehörden als Ganztagsangebot verkaufen, ist oft den Namen nicht wert“, stellte Meidinger fest. Hierbei handele es sich „vielfach lediglich um ein freiwilliges Ganztagsangebot“. Meidinger kritisierte die Schulpolitik grundsätzlich als unrealistisch. „Die Politik übernimmt sich in ihren Versprechungen. Das Scheitern ist pro-

grammiert“, sagte der Verbandsvorsitzende. So sollten vier Großprojekte umgesetzt werden: der Ausbau der Ganztagschulen, der Umbau der Schullandschaft hin zur Zweigliedrigkeit, die Inklusion und mehr individuelle Förderung. „Mit ein paar Millionen oder Milliarden ist es da nicht getan. Hier wären Investitionen im hohen zweistelligen Milliardenbereich nötig. Geld, das nicht da ist“, so Meidinger. (09/33/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Vor unüberlegtem Stellenabbau im öffentlichen Dienst Bayerns hat der Bayerische Beamtenbund (BBB) gewarnt. „Wer Stellen abbaut, muss dem Bürger sagen, was für Leistungen wegfallen“, kommentierte BBB-Vorsitzender **Rolf Habermann** die Absichtserklärung des Wirtschaftsministers Martin Zeil (FDP). Dieser hatte im „Münchner Merkur“ (Ausgabe vom 19. August 2013) angekündigt, 9.000 Stellen im öffentlichen Dienst bis 2020 abbauen zu wollen. „Die Politik muss sich einen solchen Schritt gut überlegen“, warnte der BBB-Chef. Er erinnerte an die aktuellen Probleme bei der Deutschen Bahn. Auch deren Engpässe seien durch zu ambitionierten Personalabbau entstanden.

In der Debatte um die Freiwilligen Feuerwehren in Rostock hält der dbb mecklenburg-vorpommern eine personelle Stärkung und den Ausbau der sechs Berufsfeuerwehren im Land für unumgänglich. „Wenn in der größten Stadt Mecklenburg-Vorpommerns vier Freiwillige Feuerwehren - egal aus welchem Grund - ihren Dienst einstellen mit dem Hinweis, die Berufsfeuerwehr sei nun zuständig, dann zeigt das, wie krank das System ist, denn bisher halfen die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren den an Personalmangel leidenden Berufsfeu-

erwehren immer mehr aus“, sagte dbb-Landeschef **Dietmar Knecht** am 20. August 2013 in Schwerin. Dies sei eine Folge problematischer Einsparungen der Kommunen, die oft mit geringerer Einsatzstärke oder der Verlängerung der Zeiten bis zum Eintreffen am Einsatzort verbunden sind. Begründung: Es gebe ja die Freiwilligen Feuerwehren an der Peripherie und auf diese sei Verlass. Dringend erforderlich sei nun eine tatsächliche Stärkung der Berufsfeuerwehren, so Knecht.

Auf Milliardenausfälle an Steuereinnahmen aufgrund fehlenden Personals hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft und dbb Vize **Thomas Eigenthaler** erneut hingewiesen. Der „Tagesspiegel“ (Ausgabe vom 22. August 2013) zitiert Eigenthaler mit den Worten: „Durch Steuerhinterziehung haben wir jedes Jahr Ausfälle von 30 Milliarden Euro, beim Umsatzsteuerbetrug sind es noch einmal 20 Milliarden.“ Eigenthaler forderte deshalb mehr Personal: „Wir bräuchten im Minimum 11.000 bis 15.000 Leute zusätzlich. Die Länder sparen hier fahrlässig, denn jeder Prüfer bringt ein Vielfaches dessen, was er kostet.“ Laut Bundesfinanzministerium liegt die Gesamtzahl der Steuerfahnder (für Privatpersonen) und Betriebsprüfer (für Fir-

men) bundesweit seit Jahren konstant bei knapp 13.300. Dass die unterbesetzten Finanzämter von den Ländern nur zaghafte besser ausgestattet werden, hängt unter anderem mit dem Länderfinanzausgleich zusammen. „Wer mehr investiert, muss den Aufwand von den Zahlungen in den Finanzausgleich abziehen können“, forderte Eigenthaler.

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat am 15. August 2013 die erneuten Streiks bei der Usedomer Bäderbahn (UBB) beendet. Der am Vortag begonnene Ausstand war bereits die fünfte Arbeitskämpfmaßnahme der GDL bei dem DB-Tochterunternehmen. Dabei seien von zehn zu besetzenden Zügen der UBB acht durch GDL-Lokführer bestreikt worden, teilte die Gewerkschaft mit. „Nun muss die UBB endlich Farbe bekennen und Schluss machen mit der ewigen Trickserie“, forderte der GDL-Bundesvorsitzende und dbb Vize **Claus Weselsky**. „Mit uns sind Arbeitgeberwillkür und Lohndumping nicht zu machen.“ Doch nicht nur die berechtigten Forderungen des Zugpersonals sind dem Arbeitgeber offensichtlich gleichgültig. Auch die Interessen der Urlauber und des Touristikverbandes der Insel lassen die UBB offensichtlich kalt. „Es ist ihr egal, wie oft und wie lange der Eisenbahnverkehr auf der Insel zum Erliegen kommt. Es geht allein darum, auf Teufel komm raus die Dumpinglöhne in der UBB dauerhaft zu erhalten“, so Weselsky. Die GDL fordert, dass der Flächentarifvertrag für Lokomotivführer, der schon für 97 Prozent aller Lokomotivführer in Deutschland gilt, auch bei der UBB eingeführt wird. Die UBB-Lokomotivführer bekommen rund 40 Prozent weniger Tabellenentgelt als vergleichbare Kollegen im DB-Konzern. (10/33/13)